

Betrieb und Wirtschaft

Nach 3 Millionen Arbeitslose

Die Reichsanstalt gibt die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger aus der Versicherung am 15. Mai mit 1.630.000, der Krise mit 233.000 an. ... Die Reichsanstalt gibt die Zahl der Hauptunterstützungsempfänger aus der Versicherung am 15. Mai mit 1.630.000, der Krise mit 233.000 an.

Katastrophale Arbeitslosigkeit in USA.

Die Angaben über die Arbeitslosigkeit schwanken zwischen 4 und 7 Millionen. Da es in den Vereinigten Staaten weder eine Arbeitslosenstatistik noch Unterstützung gibt, sind das alle subjektive Vermutungen. ... Die Angaben über die Arbeitslosigkeit schwanken zwischen 4 und 7 Millionen.

Der Kreuzer-Trust

Ein Beispiel, wie Arbeiterschweiß Reichtum schafft. Der Trust des Ivar Kreuzer ist in der breiten Masse in Deutschland erst bekannt geworden als er der Koalition...

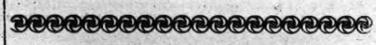
Freistaat Sachsen. Die hier aufgezählten Firmen bilden nur einen kleinen Ausschnitt. Außer der Kreuzer und Toll stehen noch zwei weitere handelsgerichtlich selbständige Schwestergesellschaften, die ebenfalls Kreuzer gehören.

Der Wert hat sich in einem Jahre verdoppelt. Durch seine Zündholzpolitik hat sich Kreuzer eine Reihe von Staaten durch Darlehen und Zündholzmonopole abhängig gemacht, so: Deutschland, Danzig, Polen, Lettland, Estland, Jugoslawien, Ungarn, Rumänien, Griechenland, Frankreich, Ecuador u. a.

Die weniger sichtbare, wirtschaftlich sicher aber bedeutendere Macht des Kreuzer liegt wohl in seinem Eisenbesitz, an dem amerikanischen Stahl-Milliardäre beteiligt sind und durch die er Einfluß auf die Automobilindustrie wie überhaupt die gesamte Eisen- und Stahlindustrie hat.

Das Vermögen des Kreuzer ist wohl schwerlich zu überschätzen noch weniger sein Einkommen. Sicher ist, daß er Milliarden ist, ein Milliardenvermögen aus dem Arbeiterschweiß aufgestapelt und ein Einkommen hat, gegen das die sogenannten fürstlichen Einkommen verblasen.

Diese auf jedem Arbeiter ruhende Zentrierlast werden die Arbeiter nur brechen können, wenn sie sich Organisationen schaffen, revolutionäre Betriebsorganisationen, die sie selbst in der Hand haben, die sich gegenseitig beistehen und mit denen sie kämpfen können, wenn sie es wollen.



Abonnementsannahmestellen

- Berlin: Norden Fr. Malz, Fehrbelliner Str. 28 Hof III. Osten K. Herold, Thürschmidtstraße. ... A. Fischer, Zietenstr. 71. ... A. Fischer, Zietenstr. 71.

Organisatorische Mitteilungen

Achtung! Reichsumlage. Der RAA schreibt hiermit für die 24. und 25. Woche eine Solidaritätsumlage aus, pro Woche 1,- Mk.

Achtung! Körperschaftsmitglieder. Am Dienstag, den 3. Juni, abends 19.30 Uhr, findet eine komb. Sitzung aller Körperschaften, einschließlich Pressekommission, an bekannter Stelle statt.

Halle. Jeden Freitag, abends 7.30 Uhr, Mitgliederversammlung im Volkspark, Burgstraße.

Eliseben. Jeden Sonntag, abends 7.30 Uhr, öffentliche Diskussionsabende. Lokal wird durch die Zeitungsredaktion bekanntgegeben.

Ortsgruppe München. Am Mittwoch, den 4. Juni 1930, abends 8 Uhr, in den Räumen der Augustiner-Klasse, Bauderstraße 66.

Thema: „Ein Jahre ungesüllter Mord“. Musik - Ansprache - Rezitationen. Eintritt frei. KAP. und AAU, München.

Groß-Berlin

Versammlungskalender. 3. Bezirk. Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Gladow, Malplatzstr. 24.

6. Bezirk. Jeden 2. und 4. Freitag, 20 Uhr, im Lokal Reibe, Gitschinerstraße 98.

14. Bezirk. Jeden Freitag, abends 20 Uhr, im Lokal Speisebier, Herfurstraße 26.

16. Bezirk. Jeden Freitag, nachts 17 Uhr, bei Jahnke, Niederhochstraße, Brückenstr. 3.

17. Bezirk. Jeden Freitag, 20 Uhr, bei Wollitzer, Gürtelstr. 38.

Nowawes. Jeden Freitag, 19.30 Uhr, Funktions-Sitzung von Partei und Union im Lokal Otto Gebauer, Wallstr. 62.

München. Jeden Mittwoch, 20 Uhr, findet in der Augustiner-Klasse, Bauderstr. 66, ein Vortrag mit anschließender Diskussion statt.

Sympathisierende und Leser der „Komm. Arb.-Zeitung“ sind besonders eingeladen. KAP. AAU.

Bücher-Ecke

- Marxistische Bibliothek. Band 1 N. Lenin, „Der Imperialismus als jüngste Etappe des Kapitalismus“ 2,50 Mk.

Kredner der Revolution. 1. Reihe, jeder Band 1,- Mark. Band 1: Maximilian Robespierre.

2. Reihe, jeder Band 1,30 Mark. Band 11: Rosa Luxemburg und die Arbeiterbewegung in England.

3. Reihe, jeder Band 1,30 Mark. Band 12: Die Achtundvierziger.

4. Reihe, jeder Band 1,30 Mark. Band 13: W. Lenin.

Zu beziehen durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Bestellzeitel. Ich bestelle monatlich die einmal wöchentlich erscheinende „Kommunistische Arbeiter-Zeitung“.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands. per Post - frei Haus.

Der Bestellzeitel ist als Drucksache oder persönlich an die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13, zu senden.

Kommunistische Arbeiter-Zeitung

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Berlin, 7. Juni 1930. Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 628 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Lausitzer Platz 13.

Die Erwerbslosen-„Frage“

Am Ausgang des ersten Vierteljahres 1930 verkindete das „Institut für Konjunkturforschung“, daß im März 1930 der Tiefpunkt der Wirtschaftskrise erreicht sei. Nun erfahren wir von derselben Stelle, daß wir uns dem Tiefpunkt „näher“. Immerhin eine gewaltige wissenschaftliche Kraftleistung, festzustellen, daß eine Krise, von der man annimmt, daß sie irgendwie und wann wieder vorübergeht, sich dem Tiefpunkt nähern muß.

Das Konjunkturforschungsinstitut stellte aber nicht nur fest, daß dieser Tiefpunkt kommt, sondern sagt, daß das „Tief“ in eine Periode der Stagnation einmünden wird. Wie lange die Stagnation dauert, erfahren wir nicht. Schade!

Hauptsächlich die Erwerbslosen hätten das bestimmt gern gewußt. Die Hunderttausende, die von der Erwerbslosen-„Frage“ in die „Krise“, von der Krisenunterstützung in die „Wohlfahrt“ geschoben werden, und denen bei jeder Etappe nach unten der Hungersatz geschmälert wird, bis sie zuletzt mit acht bis zehn Mark ihren Hungertod hinausschieben, hätten gewiß aufgetaucht, wenn sie erfahren hätten, daß die Stagnation auf ein Jahr, der langsame Aufschwung auch so auf ein Jahr veranschlagt ist, und sie — die schon ziemlich am Ende sind — 1935 Aussicht auf Arbeit haben, wenn sie sich noch nicht aufgehängt haben, oder zu wandelnden Leichnamen geworden sind. Und sie hätten gewiß noch viel mehr Begeisterung dieser Republik als Durchgangstor zum — daß ich mich nicht verhaue! — zum Sozialismus besungen. Denn daß es erwerbslose Proletariat gibt, die nicht begriffen haben, daß ihr demokratisches Vaterland, „ihre“ Staat nicht alles für sie tut, ist nach Meinung der sozialdemokratischen — und Gewerkschafts-„Presse“ gar nicht möglich.

Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind nämlich durch die Entwicklung selbst auf ein totes Gleis geschoben. Wer Interesse daran hat, es nachzulesen, kann durch die „linken“ Sozialdemokraten in ihrem „Klassenkampf“ auf das genaueste unterrichtet werden, daß die Sozialdemokratie durch ihre „positive“ Arbeit erst die Voraussetzungen schuf für die Politik der heutigen „Bürgerblock“-Regierung. Sie hat durch ihre Schlichtungs- und Rationalisierungspolitik die Proleten so restlos unterworfen, daß den letzten Rest der Bourgeoisie die Gewerkschaften konnten die letzte Etappe einfach nicht mehr durchhalten, wenn sie sich selbst bei den Arbeitern, die den Ebert noch über dem Bett zu hängen haben, nicht unmöglich machen wollten.

Daraus ergibt sich ihre „Opposition“, die natürlich keine ist. Sie ist das Klappern zum Handwerk. Sie wissen, daß die Arbeiterklasse der kapitalistischen Regierung nicht gefährlich wird, so lange sie den Narrentanz einer Opposition der Sozialdemokratie und der Gewerkschaften mit macht. Und das ist der Zweck der Übung.

„Massen nicht mehr in der Hand“ haben, und die Regierungsparteien haben die Aufgabe, die Angriffe der Sozialdemokratie scheinbar blutig ernst zu nehmen. Kleine Blamagen in dem Zusammenspiel, wie die Tatsache, daß die Sozialdemokratie bei der Vertrauensfrage ihre Mandate abkommandiert, um ohne Risiko gegen ihre Partnerstimmen zu können, sind eben unvermeidlich und werden auf das persönliche Konto einzelner „Genossen“ mit „anderer Auffassung“ geschoben. Auch sonst entstehen Schwierigkeiten. Die einfachen Proleten, die neben den Demokraten und Pfaffenbüchen im Reichsbannerzug marschieren, begreifen nicht, für welche „Ziele“ sie mit den Bürgerblockparteien gemeinsam „kämpfen“ sollen, wo doch die Partei angeblich gegen sie „kämpft“. Die Schmierkomödie dieser „sozialistischen“ Politik ist so offensichtlich, daß sogar Arbeiter, die der Sozialdemokratie trotz aller Schöfflichkeiten der Kriegs- und Nachkriegszeit hindurch die „Treu“ hielten, zu murren beginnen. Das ist ein Zeichen, daß die Dialektik des wirklichen Lebens auch den verblödetsten Parteiochsen durchdringen bringt.

Die SPD hat nun einen ganz netten Plan vor. Wenn man die „Arbeitslosenfrage“ „aufrollt“ und mit einem Bündel „praktischer“ Forderungen kommt, wird man selbst die Halbverhungerten hypotisieren können, denn das Schlagwort „Arbeitsbeschaffung“ drängt — so spekuliert man — alle nützlicheren Erwägungen über die Ursache der Wirtschaftskatastrophe in den Hintergrund. Mit der Parole der „Arbeitsbeschaffung“ soll durch die „Entpolitisierung“ der drohenden politischen Radikalisierung entgegengegearbeitet werden, bis — die Sozialdemokratie wieder in der Regierung sitzt.

Das und nichts anderes ist der Zweck der Taktik dieser Herrschaften. Wenn die „Bürgerblockregierung“ die Erwerbslosen auch gesetzlich zu Paris herabgedrückt hat, wenn die „Reform“ der Erwerbslosenversicherung“, die die SPD begann, durch die Brüning-Regierung vollendet, wenn alle Terrorgesetze gegen die Arbeiterklasse unter Dach und Fach, wenn die „Not der Landwirtschaft“ durch viele Milliarden an die Agrarier „behalten“ ist — dann ist so der „Tiefpunkt der Krise“ erreicht, und aus diesem Tiefpunkt heraus, dem unsagbaren Elend von Millionen, droht die Verzweiflung, die Rebellion, droht der Angriff des Proletariats auf eine Gesellschafts-„Ordnung“, deren knarrende Mechanik nur noch klappert, wenn sie vom Proletariat geschmiert wird. Durch Millionen Proletariatsleichen, die der Moloch Kapitalismus fressen kann.

Der Zeitpunkt rückt automatisch in die greifbare Nähe, wo eine Unterstützung des Kapitalismus durch die sozialdemokratische Opposition nicht mehr möglich ist, sondern die reaktionäre Einheitsfront von der Sozialdemokratie bis zu den faschistischen Banden gegen das in die Verzweiflung getriebene Proletariat entsteht. Wo die Sozialdemokratie „zurückstellung der Parteigrundsätze“ — nicht lachen! — „im Interesse des Volkes“ sich wieder zur „Mittverantwortung“ bereit findet. Die soziale Katastrophe von Millionen soll zum Anknüpfungspunkt werden, um dann den aufs neue enttäuschten Millionen mit Kugeln und Zuchthaus einzubläuen, daß Ruhe der erste Bürgerpflicht ist. Daß die Sozialdemokratie als „demokratische“ Partei, Gesetze, die „gegen ihren Willen“ gemacht wurden, respektieren muß. Daß sie eben — ein Erbe übernahm, daß sie „vorderhand“ hindert, gegen die Not der Erwerbslosen etwas zu tun!

Charakteristisch ist, daß alle parlamentarischen Parteien auf diese Taktik der SPD, genau in der Weise reagieren, — wie die SPD, selbst. Die KPD, wärmt ihre alten politischen Wassersuppen von „Streichung des Heeresatzes“, „Kürzung der Bezüge der hohen Beamten“ usw. auf, um so eine „Lösung“ vorzutauschen. So neben drei Millionen gesunken sein soll. Wie hoch die Zahl vor der „Senkung“ war, und wie hoch sie nun ist, erfährt man nicht. Der denkende Arbeiter weiß jedoch schon sein.

Konjunkturaufgaben des Kapitals

Das Institut für Konjunkturforschung stellt für Ende Mai 1930 die Diagnose: Produktion und Beschäftigung sind konjunkturmäßig weiter gesunken. Die Arbeitslosigkeit hat zwar abgenommen; die Besserung bleibt aber hinter dem saisonüblichen Umfang zurück. Die Wirtschaft zeigt die Symptome einer dem Tiefpunkt zustrebenden Depression. Der konjunkturelle Rückgang der Wirtschaftstätigkeit wird in den nächsten Monaten zum Abschluß kommen und in einer Periode der Stagnation einmünden. Die weitere Entwicklung wird durch die sich bessernde Kapitalversorgung — im gewissen Umfang auch durch die Preisentwicklung, — im günstigsten Sinn beeinflusst werden.

Diese Ausführungen des Instituts sind außerordentlich bezeichnend für die Hilflosigkeit der bürgerlichen Wissenschaft. Selbst der „Vorwärts“ verbietet ganz offen diese Feststellungen. Er ist ganz entsetzt darüber, daß die offizielle Nationalökonomie noch nichts von der Weltwirtschaftskrise gemerkt hat, sondern immer noch von einer Depression spricht, auf die eine Stagnation folgt, ohne daß die Tatsachen mit dieser „wissenschaftlichen Erkenntnis“ irgend welche Berührungspunkte haben.

Diese Änderungen des Instituts für Konjunkturforschung zur gegenwärtigen Lage sind von uns bewußt an die Spitze der Ausführungen gestellt, weil sie beweisen, daß das Kapital selbst die zukünftige Lage als außerordentlich kritisch ansieht und weil es ebenfalls mit einer weiteren sehr erheblichen Verschärfung der Krise rechnet. Die Hoffnung des Kapitals auf Aenderung durch bessere Kapitalversorgung und durch die Preisentwicklung ist vollkommen illusorisch, solange die Weltwirtschaftskrise besteht. Daß deutsche Kapital bedürftig keineswegs weiteres Investitionskapital. Die Rationalisierung der deutschen Wirtschaft ist so durchgeführt, daß direkt schon von einer Überbationalisierung gesprochen werden kann.

Es ist eine solche Überkapazität der Industrie vorhanden, daß das deutsche Kapital vor allen Dingen erst den notwendigen Absatz für dieses Übermaß an Produktion finden muß, bevor es zu neuen Rationalisierungsmaßnahmen schreiten kann. Der beste Beweis für die Richtigkeit dieser Ansicht ist die starke Geldflüssigkeit, ohne daß das Kapital bisher daran denkt, von dieser Geldflüssigkeit Gebrauch zu machen. In früheren Krisen wurde gerade diese Geldflüssigkeit benutzt, um mit geringen Mitteln die Umstellung der Produktion durchzuführen. Nach den Feststellungen des Instituts für Konjunkturforschung vermindert sich der Ausnutzungsgrad der Industrieanlagen, gemessen an der Zahl der vorhandenen Arbeitsplätze von 71,1 Prozent Mitte 1929 auf 71,2 Prozent April 1930. ... Es ist eine solche Überkapazität der Industrie vorhanden, daß das deutsche Kapital vor allen Dingen erst den notwendigen Absatz für dieses Übermaß an Produktion finden muß, bevor es zu neuen Rationalisierungsmaßnahmen schreiten kann.

Der Zeitpunkt rückt automatisch in die greifbare Nähe, wo eine Unterstützung des Kapitalismus durch die sozialdemokratische Opposition nicht mehr möglich ist, sondern die reaktionäre Einheitsfront von der Sozialdemokratie bis zu den faschistischen Banden gegen das in die Verzweiflung getriebene Proletariat entsteht. Wo die Sozialdemokratie „zurückstellung der Parteigrundsätze“ — nicht lachen! — „im Interesse des Volkes“ sich wieder zur „Mittverantwortung“ bereit findet. Die soziale Katastrophe von Millionen soll zum Anknüpfungspunkt werden, um dann den aufs neue enttäuschten Millionen mit Kugeln und Zuchthaus einzubläuen, daß Ruhe der erste Bürgerpflicht ist. Daß die Sozialdemokratie als „demokratische“ Partei, Gesetze, die „gegen ihren Willen“ gemacht wurden, respektieren muß. Daß sie eben — ein Erbe übernahm, daß sie „vorderhand“ hindert, gegen die Not der Erwerbslosen etwas zu tun!

Charakteristisch ist, daß alle parlamentarischen Parteien auf diese Taktik der SPD, genau in der Weise reagieren, — wie die SPD, selbst. Die KPD, wärmt ihre alten politischen Wassersuppen von „Streichung des Heeresatzes“, „Kürzung der Bezüge der hohen Beamten“ usw. auf, um so eine „Lösung“ vorzutauschen. So neben drei Millionen gesunken sein soll. Wie hoch die Zahl vor der „Senkung“ war, und wie hoch sie nun ist, erfährt man nicht. Der denkende Arbeiter weiß jedoch schon sein.

In der gleichen Zeit von 72,9 Prozent auf 65,4 Prozent. Diese Ziffern bringen den besten Beweis, daß die bessere Kreditversorgung keine Änderung in der Krise bringen kann. Die wesentliche Hoffnung des Kapitals ruht aber auf der Umschwung in der Konjunktur hervorgerufen zu können. Der hauptsächlichste Weg dazu ist die von Kapital inszenierte Kampagne zur Lohnsenkung. Der volksparteiliche Reichsminister Moldenhauer ist der Vorläufer für diese Ziele des Schwerkapitals. Er verlangt die Ausbesserung des Abbaus der Arbeitslosenversicherung um 250 bis 300 Millionen Mark, Abbau der Besoldungen in den Gemeinden und vor allem Dingen Lohnabbau. An dem hohen Preisniveau in Deutschland seien die hohen Arbeiterlöhne schuld. Er versteht sich dabei zu der Behauptung, daß die Lebenshaltung des Volkes über unsere Möglichkeiten hinaus erhöht ist. Noch offener und brutaler bringt diese Ansicht sein engerer Parteifreund, der Staatssekretär der besetzten Gebiete Schmidt zum Ausdruck. Er erklärt wörtlich: „Es sei ein brutaler Angriff auf den Lebensstandard des gesamten Volkes nötig.“

Dieser Angriff hat schon derartige Formen angenommen, daß selbst die freien Gewerkschaften es für notwendig fanden, zu diesen Angriffen Stellung zu nehmen. In der letzten Tagung der Spitzenorganisation der freien Gewerkschaften der Arbeiter und Angestellten des ADGB, und des Arbeitslosenvereins, die am 29. bis 30. März in Berlin stattfand, wurden die Einrichtungen der deutschen Sozialpolitik besprochen und dabei die Feststellung getroffen, daß gleichzeitig mit dem Kampf um den Abbau der sozialen Leistungen die Angriffe des Unternehmertums auf das Lohnniveau der deutschen Arbeiterklasse einsetzen. Egernt empört sich gegen die wirtschaftliche Katastrophentherapie, gegen die Lohnsenkung in dem Augenblick, in dem die Regierung sich bemüht, die Lebensmittelpreise in die Höhe zu treiben. In seiner genialen Erkenntnis der kapitalistischen Wirtschaftsordnung verlangt er, daß „in Nozeiten die Kapitalabgabe hinter der Forderung nach Stärkung der Kaufkraft zurücktreten muß.“ Der Ausgang, den er bietet, ist ein auskömmliches Notopfer auf Besitz und Einkommen zur Sicherstellung der Erwerbslosenunterstützung, vernünftige Konjunkturpolitik der Arbeitsbeschäftigung. Sein SOS-Ruf ist: „Verantwortliche geht Arbeit!“

Jeder Arbeiter, welcher dieses künftige Gebot an den Gott Kapital hört, wird über diesen immer Wunsch der Spitzenorganisation deutscher Gewerkschaften nur lachen. Nach Ansicht der Gewerkschaften ist das kapitalistische System ein Wohlstandsinstitut für die Arbeiterschaft. Für das Kapital ist nicht entscheidend der Profit, sondern nur das soziale Mittel mit dem Profitariat. Nicht die Akkumulation des Kapitals beherrscht die kapitalistische Entwicklung, sondern die Verschaffung von Arbeit für die Arbeitlosen. Der Reichsarbeitsminister Stegerwald, der die Ehre hatte, auf der Tagung der Spitzenorganisation als Vertreter des deutschen Kapitals aufzutreten, hat ganz offenerzerg erklärt, daß das Kapital garnicht daran denkt, die frommen Wünsche der Gewerkschaften zu erfüllen. Er stellt fest, daß die Produktionskapazität in Industrie und Landwirtschaft dem Bedarf weitvorausliegt ist. Ein großer Industriestrich sei der Bedarf weitgehend vorhanden. In Deutschland werden die Lebensmittel im letzten Viertel der Zeit um eine große Unterbilanz. Die zwei Millionen Erwerbslosen reduzieren die Kaufkraft um jährlich 4 bis 5 Milliarden Mark. Anstatt einer Steuererleichterung durch den Youngplan sei eine Neubesetzung mit rund 2 Milliarden nötig. Arbeit für 2 Millionen Erwerbslose verlange ein Kapitalbetrag von 6 Milliarden Mark, während Unterstützung für 2½ Millionen Erwerbslose nur 2 Milliarden ausmache. Daher komme keine Arbeit, sondern nur Erwerbslosenunterstützung in Frage. Gleichzeitig erklärt er auch, daß die Sozialversicherung einschließlich Wohlfahrtspflege mit 8 Milliarden, Kriegsgeldschädiger mit 1,4 Milliarden, Beamtenpension mit 1,9 Milliarden, Reparationen mit 2 Milliarden, also insgesamt 13 Milliarden, einen so erheblichen großen Teil des deutschen Volkseinkommens ausmachen, daß unbedingt zur Erhöhung der Löhne und Gehaltsquote ein Abbau der Nationalversicherung notwendig war.

Der Briefwechsel zwischen Marx und Engels 1844-1853

Ein Beitrag zur Geschichte des Marxismus der II. Internationale. (Schluß.) Die im vorigen Artikel genannten Stellen des „Briefwechsels“ ließen sich, es ist nicht zu leugnen, zwanglos in die Rubriken der „mifälligen Bemerkungen“ einordnen. Aber es ist klar, daß Bernstein, indem er die Äußerungen der leidenschaftlichen Parteiführer und Parteimitglieder, so zahlreiche Dokumente seiner auch alle persönlichen Beziehungen beherrschenden revolutionären grundsätzlichen Gegnerschaft ausmerzte oder verschleierte, dies nicht mit Rücksicht auf das ästhetische Feingefühl der Leser, sondern aus politischer Rücksicht getan hatte, mit Rücksicht auf das politische Interesse seiner Partei, die zwar mit dem Munde sich zu Marx bekannte, aber den ganzen, den „dogmatischen“, den revolutionären Marx nicht ertragen konnte, einer Partei, die Lockerung ihrer Beziehungen zu Marx durch die Methode der proletarischen Revolution vereinte, zu lockern beabsichtigte. Die wichtigsten Einzelheiten aus der Geschichte der internationalen Emigration nach 1848-49, aus der Geschichte des von Marx und Engels gegen die kleinbürgerliche Demokratie geführten Kampfes sind durch die Streichungen Bernstein's der bisherigen Forschung entzogen worden. Noch wichtiger aber ist, daß die Bernsteinischen Streichungen in ihrer Gesamtheit das Gesamtbild der Parteikämpfe, in die Marx und Engels verwickelt waren, und das historische Antlitz, besonders des Parteinamens Marx abgeschwächt, verächtlich, verfälscht haben. Die Methode Bernstein's offenbart deutlich die Absicht einer bestimmten Auslegung der Persönlichkeit und der politischen Tätigkeit von Marx und Engels. Es wäre jedoch ein großer Irrtum, zu meinen, daß wir es mit einer nur Bernstein und dem spezifischen Bernsteinischen Revisionismus eigenen Auslegung zu tun haben. Als die „Briefwechsel-Ausgabe“ im Jahre 1913 erschien, schrieb Lenin in einer seiner letzten zu Ende geführten, erst im Jahre 1920 veröffentlichten Artikel, Bernstein „hätte nach seiner berechtigten Evolution“ zum extremen Opportunismus, die Redaktion dieser ein Produkt der Auslegungsmethoden nicht nur Bernstein's, sondern der ganzen offiziellen Sozialdemokratie war. Die alte Ausgabe mit ihren Auslassungen, Abschwächungen, Fäl-

Auf diese glatte Absage des Arbeitsministers der Regierung Brüning haben die Gewerkschaftsführer nichts zu antworten gewollt. Sie stellen sich schon von selbst auf dem Standpunkt, daß Lohnsenkungen keinen Zweck haben, weil dann immer die Preise steigen. Sie treten selbst für Preisabbau ein. Der Preisabbau führt aber bei den Kapitalisten mit der Lohnsenkung an. Charakteristisch für die Auffassung der Gewerkschaften ist das Referat, das der Vorsitzende des Deutschen Metallarbeiterverbandes, Brandes, auf der Kundgebung der Gewerkschaften gehalten hat. Ausgehend von dem Konflikt in der Schwerindustrie muß er selbst feststellen, daß die Arbeitslöhne in der Schwerindustrie die höchste sind und daß die Löhne unter dem allgemeinen Durchschnitt liegen. Die Severing'sche Sicherheitsklausel im bekannten Schiedsspruch vom November 1928 bei der nordwestdeutschen Eisenindustrie ist durch Schiedsspruch einfach aufgehoben worden. Das Kapital jubelt, daß Bewegung in die Stahlfabrik der Kartellpreise und in die Stahlfabrik der durch Schiedsspruch gebundenen Löhne gekommen sei. Brandes ist entsetzt. Mit erhobenem Zeigefinger erklärt er: „Das Gelinnen des Plans einer allgemeinen Lohnkürzung, eine Verbindlichkeitsklärung dieses Schiedsspruches, den der Reichsarbeitsminister seit ein Anschauungsunterricht für die Klassenkämpfe, wie er aufzuerst nicht gedacht werden kann. Der Reichsarbeitsminister läßt sich durch die erhobene Stimme des Brandes nicht erschrecken. Das Kapital hält den Moment für gegeben, mit dem Schlichtungswesen auf der bisherigen Grundlage zu brechen. Der Monopolismus der Gewerkschaften stört das Funktionieren der freien Marktwirtschaft. Der monopolistische Charakter der Gewerkschaftspolitik sei die wesentliche Ursache, daß eine Besserung in der Konjunktur nicht eintritt. Die Löhne seien zu stark gestiegen. Nur eine Senkung der Löhne könne dazu führen, daß alle vorhandenen Arbeitskräfte beschäftigt werden. Gegenüber diesen Argumenten der Schwerindustrie weiß sich Brandes nicht anders zu helfen, als daß er auf die Unmöglichkeit der Kartellpreise hinweist. Brandes hat Abbau anstelle des Lohnabbaues fordert. Er führt dabei einige interessante Zahlen auf, die die Lage ganz klar aufzeigen. Er will damit die Verwerflichkeit der Unternehmermethoden charakterisieren, ohne ein praktisches Mittel für den Kampf der Arbeiterschaft gegen diese Tendenzen des Kapitals zu fordern. Er spricht zwar von einem aufzuerst Anschauungsunterricht, er geht aber nicht zu der Forderung der Tat über. Er kritisiert nur, weil er ganz genau weiß, daß der ADGB den Kampf scheut und auch scheuen muß, weil der rein wirtschaftliche Kampf bei der augenblicklichen Krise zweifellos zu einer Niederlage der Gewerkschaften führen muß. Den politischen Machtkampf will und kann der ADGB nicht führen. Er verläßt sich auf die Moral, die ein schlechter Kampfnegativist ist und auf den Parlamentarismus, der noch hilfloser dem Schwergewicht der wirtschaftlichen Tatsachen gegenübersteht.“

Nach den Angaben von Brandes sind die Löhne in England höher und die Preise gleichzeitig niedriger. Giebelerei-Rohreisen kostete im März 1920 in England 60 bis 62 Mark, in Deutschland 85 Mark. Für Stabstaben tragen der deutsche Inlandspreis im März 1920 und im März des Vorjahres 123 Mark und im SPD, der im März dieses Jahres 108 Mark. Der Preis für die Rohstoffe sei erheblich zurückgegangen. Er berechnet eine monatliche Verbilligung durch Schrott auf 375 Millionen Mark und weist zutreffend darauf hin, daß zu dem verbilligten Rohmaterial noch die Wirkung der Rationalisierung hinzutritt. Bei der Belegschaftszunahme von 5 Prozent sei die Kohlenförderung gegenüber April-September 1926 im gleichen Zeitraum des Jahres 1929 um 21 Prozent, die Kohlenzeugung um 76 Prozent, die Rohelienzeugung um 50 Prozent und die Rohstahlerzeugung um 40 Prozent gestiegen. Die Dividenden hätten sich trotz hoher Belastungen bei verschlechterter Konjunktur in allen Konzernern erhöht. Der neue Schiedsspruch verlange von den Arbeitern der Nordwestgruppe ein dauerndes Lohnopfer

schungen widerspiegelt nicht den Revisionismus, wie er von den deutschen Sozialdemokraten theoretisch bekämpft, sondern die in der deutschen Arbeiterbewegung seit dem Ausbruch der Ausgabe vom Jahre 1913 waren außer Bernstein eine Reihe führender Sozialdemokraten — Bebel, Dietz, Kautsky und auch die „orthodoxen“ Marxisten der II. Internationale. Sie alle behandelten mit der kleinlichen Angestreiftheit den Plan der Herausgabe und sahen in der Veröffentlichung des „Briefwechsels“ eine „schwere Belastung“ pro die sowohl Marx und Engels wie die für die Publikation verantwortliche deutsche Sozialdemokratische Partei zu bestehen hätten. Die Bernsteinische Auslegung der Persönlichkeit und insbesondere des Parteinamens Marx war also eine sozialdemokratische parteiöffentliche Auslegung. Rücksichtnahme auf das „Familiengefühl“, auf die „nationale Empfindlichkeit“, die Verhinderung oder Milderung von innerparteilichen Gegensätzen, der Kämpfe mit der kleinbürgerlichen Demokratie, der Konflikte mit solchen „Freiheitshelden“ und „Literaturgößen“, wie Rilke, Ruge, Struve, Heine, Kossuth, Louis Blanc, die philiströse und opportunistische „Schonung der Reputation“ von Marx und Engels ist nicht nur für Bernstein's Ideologie, sondern für die Theorie und Praxis der ganzen Sozialdemokratie charakteristisch. In diesem Sinne bilden die Entstehungsgeschichte der alten „Briefwechsel-Ausgabe“ und die Enttarnung ihrer Herausgebermethoden durch die neue „dogmatische“ Ausgabe des Marx-Engels-Instituts einen nicht unwichtigen Beitrag zur Geschichte des Marxismus, der deutschen Sozialdemokratie und überhaupt der II. Internationale. Drei Bände des „Briefwechsel“ werden, wie der Verlag ankündigt, binnen einigen Monaten folgen. Wir werden also bald eine vollkommen zuverlässige und lückenlose Ausgabe des „Briefwechsels“ besitzen. Der entscheidende Vorteil dieser „dogmatischen“ Ausgabe, die Vollständigkeit, die fast buchstäblich Wiedergabe des Textes ist aber mit einem entscheidenden Nachteil verbunden, wenn wir die Ausgabe von dem Gesichtspunkt aus betrachten, inwieweit wird sie diese ungeliebten Schätze von philosophischen, ökonomischen, historischen, politischen, methodologischen Gedanken und Erkenntnissen den breiten Massen der Studierenden, den fortgeschrittenen Arbeitern, den Aktivisten der marxistischen Theorie und Praxis zugänglich machen, ihren Verständnis näherbringen. In dieser Beziehung ist diese Ausgabe gegenüber der Bernsteinischen ein Rückschritt, ein Rückschritt, der jedoch — wir wollen hoffen bald in einer Fortschritt umgehen wird. Der „Briefwechsel“ ist in seiner originalgetreuen Wiedergabe eine sehr schwere Lektüre auch für denjenigen Leser, der mit geschultem Interesse und Verständnis in die darin behandelten

von 10 Prozent, während das Kapital ein einmaliges Lohnopfer von 10 Prozent für untragbar halte.

Das Klagelied von Brandes wird noch durch die Angaben von Bernhard vom Deutschen Bauergewerkschaftsbund unterstützt. Er erklärt, daß über 600.000 Bauarbeiter aller Berufe arbeitslos seien. Er rechnet damit, daß in diesem Jahr 200.000 organisierte Bauarbeiter noch nicht 26 Wochen Arbeit haben werden. Was aber weder Brandes noch Bernhard erwähnen ist, daß durch die Neuordnung in der Nordwestdeutschen Eisenindustrie die gesamten Leistungszahlen vollkommen abgebaut werden. Trotzdem Leistungspläne und Akkordpläne schon ganz erheblich in den letzten Jahren herabgesetzt worden, geht man jetzt heran, sie noch weiter zu reduzieren. Der Erfolg der Lohnsenkung ist, daß die Eisenpreise, um die Lohnsenkung skizziert werden sollen. Das Kapital hält also an seiner bisherigen Kartellpolitik fest. Der Profit darf nicht geschmälert werden. Das Geschrei des „Vorwärts“ über die gesicherten Kartellrenten wird auch daran nichts ändern. Die Akkumulation des Kapitals wird um jeden Preis gesichert. Die Kartellpreise sind zwischen 1926 um 5 Prozent gestiegen, während der Index der freien Preise auf 95,3 gesunken ist. Das Großkapital läßt sich sein Privileg nicht rauben. Selbst die Tatsache, daß die Auftragseingänge bis auf 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr zurückgegangen sind, hat nur den Versuch hervorgerufen, durch Lohnsenkungen eine Preislenkung herbeizuführen. Der innere Markt wird davon kaum profitieren, sondern lediglich eine weitere Senkung der Ausnahmepreise herbeizuführen und damit ein verschärfter Konkurrenzkampf auf dem Weltmarkt eröffnet werden.

Die nachstehenden Zahlen beweisen, daß der Angriff des Kapitals unaufhaltsam vor sich geht. Wenn Graßmann erklärt, daß bei einem Übermaß an Produktion Hunger und Elend herrschen, so wird man ihm sehr wohl glauben können. Er kann sich auch dem Unsinne des kapitalistischen Wirtschaftssystems nicht verschließen. Als Gegenmaßnahme empfiehlt er die Arbeiterschaft lediglich die Nerven zusammenhalten, qu die harte Nervenprobe bestehen zu können. Es ist kaum zu zweifeln, daß die Graßmann und Konsorten die Nervenprobe bestehen werden. Für die Arbeiterschaft handelt es sich aber nicht um eine Nervenprobe, sondern um nackten Hunger und nacktes Elend. Sie bekämpft man nicht mit Durchhaltepolitik, sondern mit Mitteln des Klassenkampfes. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition der KPD weiß auch keinen Rat. Ihre Hauptrolle ist die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiter, der Sozialdemokraten und Gewerkschaften zum Kampf um Lohn und Brot, sowie gegen das Schlichtungswesen. In welchem Schritt zu einer eigenen Politik, die selbständig gegen die Gewerkschaften vorgeht und gegen sie den revolutionären Kampf führt, erlaubt Moskau nicht. Nur wenn die Arbeiterschaft sich von Amsterdam und Moskau löst und ihren eigenen Weg, den Weg der Arbeiterklasse geht, wird sie die ungeheuren Gefahren, die eine weitere Herabdrückung ihrer Lebenslage mit sich bringt, überwinden können.

Sozialistische Rundschau
Erhöhung der Verkehrsstärke
In der letzten Haushaltsausschuß-Sitzung der Stadtverordnetenversammlung beschloß man sich mit der Etablierung des Berliner Magistrats. Bürgermeister Scholz wies darauf hin, daß es darauf ankommt, die Offenheit des Etats zu wahren. Eine Verschuldung von 500 bis 600 Millionen gelte es zu decken. Der Etat der Wohlfahrtsämter habe in Anbetracht der Lage eine Verschlechterung von 20 Millionen Mark ergeben. Eine Aufsichtsratsitzung der BVG habe gezeitigt, daß auch die BVG ein großes Defizit nicht herkommen wird. Der Magistrat hat sich stark zurückgezogen. Es müsse mit einer Minder-einnahme von rund 12 Millionen Mark gerechnet werden. In Anbetracht dieser Sachlage wäre eine abermalige Erhöhung des Tarifs notwendig. Die sozialdemokratische Fraktion vertritt die Meinung, daß die Erhöhung des Tarifs nicht in der Hand der Arbeiterpartei liegt, sondern in der Hand der Magistratsverwaltung.

Problem herantritt. Sie erfordert sehr viel Vorkenntnisse auf allen Gebieten der Wissenschaft und viele Fertigkeiten, die nur bei einem sehr kleinsten Kreis der Leser vorausgesetzt werden können. Schon die Sprache bietet große Schwierigkeiten. Sie ist deutsch, aber durchweg gemischt mit Französisch und Englisch, und fortwährend unterbrochen mit fremdsprachigen Zitaten. In einem und demselben Satz sogar wechseln oft Worte aus zwei bis drei Sprachen. In der alten Ausgabe waren alle fremdsprachigen Elemente des Textes entweder schon im Text selbst deutsch wiedergegeben oder in „Übersetzungsnoten“ erklärt. Die neue Ausgabe hält sich im Text streng an das Original und bringt gar keine Übersetzungen. Sie bringt auch keine erläuternden Anmerkungen, die das Verständnis der dunklen Stellen, der Anspielungen, theoretischen Ausführungen, historisch-politischen Urteile erleichtern würden, keine Hinweise auf andere Marx-Engels'sche Schriften, in denen diese oder jene im „Briefwechsel“ nur flüchtig berührt sind. — Probleme ausführlicher behandelt sind. Der vorliegende Band bringt außer den Brieftexten und der Einleitung des Herausgebers, die Entstehungsgeschichte der Bernsteinischen Ausgabe schildert und deren Verleger-Verfahren analysiert, nur ein knappes Namensregister. Auch das ausführliche Namen- und Sachregister, ferner das Verzeichnis der zitierten Literatur, das dem Schlußband der „Briefwechsel“-Publikation beigegeben werden soll, wird vor allem nur dem Bedürfnissen der Spezialisten und Forscher entsprechen.

Lenin, wie bereits erwähnt, wies schon 1913, gleich nach dem Erscheinen der Bernsteinischen Ausgabe, auf die Notwendigkeit hin, eine ausgewählte Sammlung von Briefen und Briefteilen, die keine sich als vollständig „unverkümmert“ präsentierende, in Wirklichkeit aber verstümmelte, sondern eine Auswahl-Ausgabe zur Massenverbreitung unter den Arbeitern zu einem billigen Preise herauszugeben. Es war „höchste Zeit“, wie Rjasanow in seiner Einleitung sagt — die tendenzlos verstümmelte Bernsteinische Ausgabe des „Briefwechsel“ durch eine vollständige und exakte Ausgabe zu ersetzen und zu verändern. Es ist aber auch höchste Zeit, den Marx-Engels-Briefwechsel auch dem Arbeiterbreit zugänglich zu machen. Die vorliegende „akademische“ Ausgabe soll nicht ersetzt oder verdrängt, muß aber begleitet werden durch eine mit Erläuterungen und Anmerkungen hinreichend versehen Auswahl-Ausgabe für Arbeiter-Kurse und Arbeiterleser.

(Der Briefwechsel zwischen Marx und Engels, 1844 bis 1853 [Marx-Engels-Gesamtausgabe] Im Auftrage der Marx-Engels-Instituts in Moskau herausgegeben von D. Rjasanow, Direkt. Abteilung, B. I. Berlin. Marx-Engels-Verlag 1929. 540 S.)

Straßenbahn soll bis 2 Kilometer (die doch garnicht faktisch in Betracht kommen), der Tarif 20 Pfennig betragen. Darüber hinaus 30 Pfennig. Das Umsteigen soll lediglich nur noch zwischen U-Bahn und Straßenbahn gestattet sein, ohne Zuschlag. Für das Umsteigen von U-Bahn auf Straßenbahn auf dem Autobus soll ein Zuschlag erhoben werden.

Während die Sozialdemokratie im Reich Opposition nimmt, stimmt sie dort, wo sie in den Präfekten sitzt, allen Dingen zu, die gegen das Protariat gerichtet sind. Zu den Massenstreikern der Brüningregierung, zum Erhöhung des Magistrats von Gas, Wasser usw., was die faktisch erneute Erhöhung der Tarife durch den „roten“ Magistrat. Während die Korruptionskandale der Stadtverordneten nicht aufhören wollen, ist natürlich das Protariat der weißen Rabe, das die Zeche, um den völligen Bankrott des Magistrats aufzufüllen, bezahlen muß.

5 Millionen Arbeitslose

Im kommenden Winter. Die Welt am Montag, beschäftigt sich mit dem momentanen Stand der Arbeitslosigkeit an Hand der Berichte der Arbeitsämter und stellt fest: „Mit 3 Millionen Erwerbslosen (aus der Arbeitslosenversicherung und Krisenrenten) stehen wir um 1,2 Millionen schlechter als im Vorjahre. Die Zahl der Arbeitslosen wird in weitem Rückgang für den Winter zu erwarten? Im Januar 1930 zählte man insgesamt rund 2,5 Millionen und im Februar 1930 rund 2,65 Millionen Erwerbslose. Bei weiterer Verschlechterung der Wirtschaft wird diese Zahl um 1,5 Millionen erhöhen, so daß ohne weiteres für die ersten Monate des nächsten Jahres mit 4 Millionen Erwerbslosen zu rechnen ist. Voraussichtlich wird aber die Entwicklung eine weit ungünstigere sein, denn die lange Dauer einer so starken Erwerbslosigkeit, drückt den Verbrauch von Gegenständen des täglichen Bedarfs auf das äußerste Minimum herab und macht neue Schichten arbeitslos. Außerdem haben wir hinzu zu rechnen die Wirtschaft nach wie vor ein Minimum ausgereizt und der Wohlfahrtspflege verlässt werden. Man kalkuliert also noch sehr vorsichtig, wenn man für die ersten Monate 1931 eine Erwerbslosenzahl von rund 5 Millionen in Aussicht stellt.“

Der Protariat stellt also noch allernah bevor. Der Schrei der Gewerkschaften nach Arbeit — zur Beherrschung der Sklaven — wird überdient durch die Feststellung des „Instituts für Konjunkturforschung“, daß die Wirtschaft nach wie vor einen Niedergang unterliegt. Ebenso muß die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ in ihrem handelspolitischen Text erklären, daß die Produktionsmittelindustrien infolge fehlender Absatzmöglichkeiten weitere Erweise in der Produktion vornehmen müssen. Wann wird das Protariat angesichts dieser Katastrophe erwachen, um sich seiner Peiniger zu entledigen?

Stellung der Beiträge in der SPD

Die Bonzen üben Sabotage. Der Parteivorstand der SPD hat im Juni vorigen Jahres einen Extrabereich für Mehrverdienende beschlossen. Mehrverdienende sind solche Mitglieder der SPD, die ein Einkommen über 500 Mark haben. Als im November dieser Beschluß bekanntgegeben wurde, meldeten sich ganze 3 (drei) Mitglieder der großen „Arbeiter“-Partei, die ein solches Einkommen wollten. Daraufhin wurden in der Gewerkschaftsbüros Umschau gehalten und diejenigen festgestellt, die ein solches Einkommen haben. Von den 235 in den Büros festgestellten haben sich doch 974 zur Zahlung bereitgestellt. Die Gewerkschaften in ihren Büros Umschau gehalten. Es wäre sehr zu wünschen, wenn dies die Gewerkschaften täten.“ wird in der Monatszeitschrift der SPD erklärt. Die Extrabeträge sind folgendermaßen zu zahlen: Bis 500 Mark wird nur der gewöhnliche Beitrag erhoben. Von 500-600 Mark 1 Mark Extrabbeitrag „ 600-700 „ 2 „ „ 700-800 „ 3 „ „ 800-900 „ 4 „ „ 900-1000 „ 5 „ „ Wir sind absolut nicht gegen eine stärkere Belastung der mehrverdienenden Genossen, aber haben die Arbeiter der SPD schon einmal darüber nachgedacht, was sie mit einem Zörlgebeld eines Mitglieds oder mit einem Alfred Braun gemeinsam haben. Nun ein Wochenlohn von 45 Mark und ein Monatsgehalt von einem oder mehreren Tausend Mark sind wohl ein Unterschied und müssen auch verschiedene Lebensbedingungen zur Folge haben. Die Arbeiter der SPD sind in einer Partei organisiert sind, die sich wohl Arbeiterpartei nennt, aber auch weiter nichts ist als ein solches zu tun hat. Ebenso ist es am Besten, daß es sich wohl lohnt, in einem Gewerkschaftsbüro angestellt zu sein, dem die Protesten zahlen ja die Beiträge, daß Monatsgehälter von 500 bis 1000 Mark auszuweisen werden können.

Wir möchten mal die Löhne der Arbeiter, die in den Gewerkschaften organisiert sind, in der Höhe ihrer Gehälter vergleichen. Da würden manchem Proleten die Augen sehr weit aufgehen. Da diejenigen, die diese hohen Gehälter beziehen, doch hier die „Massen“, wie sie sich beliebt auszudrücken. Wie in den Gewerkschaften, bei den Freidenkern, so hat auch die Zellenkämpfer im Arbeitersport Schiffschiff erlitten. Man hat der Opposition durch den Vorstand des Arbeiter-Turn- und Sportbundes einfach den Stuhl vor die Tür gesetzt. Im Reich ist die Opposition relativ schwach vertreten. Lediglich in Berlin gelang es ihr, infolge organisatorischer guter Kräfte und daß sie in wichtigen Sparten den Apparat besitzt, die Sozialdemokratie zahlenmäßig zu schlagen.

Sie nehmen sich beide nichts

Aus der Praxis „roter“ Betriebsräte. In einer der vorigen Nummern der „KAZ“ wiesen wir darauf hin, daß die Bürokratie des Deutschen Textilarbeiter-Verbandes einen Schiedsspruch des zentralen Schiedsgerichts Westsachsen zustimmte, wonach die Arbeiter für die Arbeiter der Firma Erhard Wunne in Kändler (Abt. Schleiher) auf die Dauer von 2 Monaten 57 Stunden die Woche bestrafen soll. Das Entschieden am den Dingen ist, daß dieser Betrieb oppositionell ist und einen sogenannten „roten“ Betriebsrat hat. Die „Rote Fahne“ setzte ihren Lesern vor, daß der Betriebsrat gegen die Überbestrafung sei, mit dem Argument, daß Millionen Arbeiter den Arbeitsmarkt bevölkern. Wir sind ja von der KPD, auch allernah gewohnt und müssen schon erklären, daß Theorie und Praxis bei ihr auch ein Widerspruch sind. So auch hier.

Wir sind ja von der KPD, auch allernah gewohnt und müssen schon erklären, daß Theorie und Praxis bei ihr auch ein Widerspruch sind. So auch hier. Wir sind ja von der KPD, auch allernah gewohnt und müssen schon erklären, daß Theorie und Praxis bei ihr auch ein Widerspruch sind. So auch hier. Wir sind ja von der KPD, auch allernah gewohnt und müssen schon erklären, daß Theorie und Praxis bei ihr auch ein Widerspruch sind. So auch hier.

Oesterreichischer Geschichtsdeutscher Bund

— nicht um seine Auflösung

In sensationeller Aufmachung brachte die Blätter die Nachricht, die Heimwehrführer hätten in Korneuburg ein offenes Doktrin, die Faschismus abgelehnt, gerade so, als wenn ihnen nicht schon seit Jahren wüßte. Der Anleihe halber, um die er in Paris und London geschorn hat, hat Schober die neuen Forderungen der Heimwehr ablehnen müssen und erscheint so wieder als das, worin die Sozialdemokratie haben möchte: als unbestechlicher Demokrat. Dennoch ist die SPD unzufrieden, ja, sie behauptet, er, der starke Mann, sei gar nicht so stark und wirft ihm Feigheit vor. Man bilde sich aber bloß nicht ein, die SPD sei einzig deshalb beleidigt, weil Schober nicht energisch genug gegen die Heimwehr aufträte. Die SPD wüßte vor allem deshalb, weil die Regierung so durchaus nicht anerkennen will, daß gerade die SPD es ist, die die besten Vorschläge zum Wiederaufbau der Volkswirtschaft macht, die zwar nicht dem Volke, aber den Kapitalisten gehört — allein, das ist es ja. Dann habe man beinahe vergessen, daß die SPD war, die den volkswirtschaftsfähigen Kommunismus so energisch bekämpft hat. Tagtäglich stammelt die SPD in ihrer Presse und durch ihre Redner immer wieder die Detonierung herbei, sie seien die wahren Retter der armen, kleinen Oesterreicher und deutlich ist zu spüren, wie diese „Arbeiter“partei darauf hinarbeitet, zur Partei des Geschäftsmannes vom Gemischtwarenhändler bis zum Engrosisten zu werden, denn der Protariat wird immer unfähiger, das Rieseheer der Bonzen zu ernähren. Wenn die beiderseitigen Aufmärsche nicht aufhören, so würden es Tages die Flinten doch mal losgehen und das ganze Bürgerkrieg, das Furchbarste, was passieren könnte: Ruhe und Ordnung, Abrüstung, Demokratie, Neuwahlen und dann werden wir sowas wie eine Vorkriegszeit erleben. Handel und Industrie, Kunst und Wissenschaft werden blühen wie Zeiten Franz Schuchman! Am meisten aber fürchtet sich die SPD vor der Radikalisierung der Arbeiter. Bei den ungesetzten Provokationen, bei dem unerschütterlichen Elend, bei dieser Arbeitslosigkeit kann einmal den Massen die Geduld reifen und sie haben ihren Unterdrückern die Fresse ein. Trotzdem der Schutzbund aus ausgesucht fähigeren Leuten besteht, hat die Partei dennoch eine heillosen Angst davor, daß die faschistischen Provokationen mal stärker wirken könnten als die papistische Vertrotteltung. Seit jeher war beabsichtigt, den Schutzbund abzuschießen. Seit sagte am 23. Mai, daß Deutschland schon bei der Gründung des Schutzbundes und nachher immer wieder die Auflösung aller solcher Formationen vorgeschlagen hat. Jetzt bietet sich eine Gelegenheit, das zu verwirklichen. Natürlich kann die SPD nicht vor die Schutzblätter hintreten und sagen, wir haben Angst vor der Heimwehr, aber vor einer revolutionären Vertiefung des Faschismus schon jetzt die Hosen voll. Sie können nicht sagen, wir wollen nur den Schutzbund auflösen, sondern es müsse alles aufgelöst werden. Die erste Aufgabe dazu ist der Verzicht auf Aufmärsche. Der Schutzbund ist offiziell eine Erklärung herausgegeben, daß er auf die ganze Aufmarschlichkeit verzichtet, wenn es auch die Heimwehr tue. In dem Auftruf heißt es: „Nehmen die Heimwehren auf die Geschäftsstelle der Industrie- und die Verzeihung der Arbeitlosen keine Rücksicht, dann ist es nicht einzuhalten, warum wir die Nerven der Sommerfrische schonen sollen.“

Hier hat man. Panische Angst vor revolutionären Aktionen der Arbeitlosen, kriecherischen Anbieten an das Geschäftskapital. Es bedarf keiner prophetischen Begabung, um voraussehen, was die SPD im Ernstfall für Parolen herausgeben würde. Schon jetzt betreibt die SPD unablässig: „Wir sind gegen den Bürgerkrieg!“ Seien wir einmal gerecht: die SPD will wirklich

scheidet von den Amsterdammern. Der Unterschied ist lediglich die radikale Phrase. Mit Heinrich Heine können wir sagen: Es will mich schier bedauern, daß der Rabbi — daß der Mönch — daß sie alle beide stinken.

Die Zellenkämpfer im Arbeitersport

Nicht nur die KPD, die Gewerkschaften, die Freidenkerorganisationen versucht für den „revolutionären Klassenkampf“ zu gewinnen, nein — jeder Kesselknob und so auch die sogenannte Arbeitersportbewegung ist dafür ausgereicht. Sind doch hier die „Massen“, wie sie sich beliebt auszudrücken. Wie in den Gewerkschaften, bei den Freidenkern, so hat auch die Zellenkämpfer im Arbeitersport Schiffschiff erlitten. Man hat der Opposition durch den Vorstand des Arbeiter-Turn- und Sportbundes einfach den Stuhl vor die Tür gesetzt. Im Reich ist die Opposition relativ schwach vertreten. Lediglich in Berlin gelang es ihr, infolge organisatorischer guter Kräfte und daß sie in wichtigen Sparten den Apparat besitzt, die Sozialdemokratie zahlenmäßig zu schlagen.

Die sozialdemokratische Richtung macht nun den Versuch, auf jede Art und Weise der Opposition das Feld streitig zu machen. Das wichtigste Mittel dazu ist natürlich die Verhinderung der sportlichen Betätigungsmöglichkeiten.

Im Haushaltsausschuß der Stadtverordnetenversammlung hat der Stadtverordnete Kreuziger (SPD) folgenden Antrag eingebracht: „Bei der Vergütung von städtischen Uebungsstätten (Spiele- und Sportplätze), Schwimmhallen und Jugendheimen an Jugendorganisationen und Sportorganisationen sind die von Staat als Jugendpflege treibende Vereine anerkannt. Organisation vornehmlich zu berücksichtigen. Eine Kostendeckung für Uebungsstätten usw. durch die Stadt, sowie die Gewährung von Beihilfen können nur für anerkannte Organisationen in Frage.“

„Rote Fahne“ vom 22. V. 30. Darüber großes Geschrei der „Rote Fahne“. Aber im selben Atemzuge faßelt man von Einheit. Nennt sich doch diese Opposition „Interessengemeinschaft zur Wiederherstellung der Einheit im Arbeitersport“. Bei diesem Spiel wünschen wir ihr viel Glück. Sie wird entweder bedingungslos kapitulieren müssen oder sie bleibt weiter mit ihrem Stuhl vor der Tür.“

keinen offenen Krieg der Bourgeoisie gegen das Protariat, aber nicht aus Liebe zu den Arbeitern — sie schwärmt in nur für die Geschäftsleute — sondern deshalb, weil dann die Gefahr besteht, daß er in einem verhängnisvollen Krieg des Protariat's gegen die Bourgeoisie umhauen könnte! Und in jedem Falle, im Falle des Gelingens und des Versagens würden die Putzkruppen lutsch gehen. Die weitere Etappe ist die Abrüstung. Die SPD fleht die Bourgeoisie an, sie möge das Protariat entwallen, denn es geht nicht nur um den Schutzbund, sondern der SP geht es darum, daß in Zukunft keinerlei proletarische, selbständige, bewaffnete Formationen entstehen. Sie beschimpft den Schober als einen Feigling, weil er nicht rasch genug ein Rüstungsverbot erläßt, und weil das neue am neuen Waffengesetz. Bloß darin besteht, daß die entscheidende Instanz nicht der Landeshauptmann, sondern der Bundeskanzler sei. In der Erb-Zeitung vom 21. Mai schreibt die SPD im Leitartikel dem Mann des 15. Juli genau vor, was er sagen soll:

Es ist nicht mehr zu ertragen, daß die Wirtschaft des Landes durch allwöchentliche Aufmärsche beansprucht wird, nicht zu dulden, daß bewaffnete Organisationen offen den gewaltsamen Umsturz der Verfassung, den Bürgerkrieg, die faschistische Diktatur ankündigt! Schluß damit! Ich schlage die wirkliche, volle, restlose Auflösung der Selbstschutzverbände, den Verbot der Aufmärsche und Paraden, Entwallung unter partieller Kontrolle durch besondere Kommissionen!

Wir sind keine Demagogen und wir wollen auch diesmal gerecht sein: die SPD will ja damit auch die Abrüstung der Heimwehr. Was aber würde sich dadurch ändern? Das Bürgerkriegsmaterial der Bourgeoisie würde dadurch nicht auf zwei Lager verteilt sein, sondern zentralisiert und überdies vermehrt durch die von der SPD abgelegten Waffen. Die Waffen der Kapitalisten waren bisher in zwei Lagern deponiert, bei der gesetzlich geleiteten Polizei und beim Heer, bei der Staatsanwaltschaft also, die sich nur dann austoben darf, wenn es gegen revolutionäre Arbeiter geht. Diese Form der Bewaffnung der Bourgeoisie will die SPD und sie jammert, daß der Schober das nicht streng einhält. Das zweite Lager war das der Heimwehr. Die SPD kann sich mit der legal demokratischen Staatsautorität ins Einverständnis setzen, mit der Heimwehr geht es schwer. Der Staatsparat schützt Kapital, Eigentum und knüpelt bloß die Protolen nieder. Die Heimwehr tut das wohl auch aber hier ist, wie eine Masse in letzter Zeit aufgedeckter Affären beweist, rein persönlichen Machtgollisten und egoistischen Banditenzwecken mehr Spielraum gelassen. Die Heimwehr will, das ist wesentlich, auch die ganzen Posten, Mandate und die organisatorische Grundlage der SPD, also deren materielle Existenz zerstören oder besetzen. Nüchternes Überlegen und nicht ein Geis, der vom Alkoholismus beeinflusst wird, soll den bewaffneten Apparat der Bourgeoisie lenken! Die letzte Etappe ist dann auch die organisatorische Auflösung der militärischen Parteiformationen. Diese Frage ist für das Protariat nur in zweiter Linie wichtig, denn wenn oben beiden Etappen durchgeföhrt sind, schließt alles auf eine gemittelten Vergangenheit zusammen. Aus Schutzbländerkreisen wird uns berichtet, daß trotz der dort herrschenden Kadaverdisziplin viele Arbeiter einzelnen berinnen, daß die Partei es zu keinen ernstlichen Auseinandersetzungen mit dem Faschismus kommen lassen will. Die Ursache sehen sie aber wie in allen ähnlichen Fällen darin, daß die Fähr ist schlecht sind. Die Arbeiter müssen aber diese Fragen vom Standpunkte, wie wir es angeht haben, betrachten lernen und nicht vom unmarxistisch-idealistischen Standpunkte aus, als die Führer anständig und anständig sind.

Aus den Bezirken

München
Bayern ist bekanntlich der Hort der Reaktion. Nirgends in Deutschland ist diesebe stärker ausgeprägt als hier. Auf Grund der Reaktion hier die revolutionäre Arbeiterbewegung schwächer entwickeln als anderswo. Im Gegensatz zum Jahre 1929 ist hier wieder der kleine Ausnahmezustand an der Tagesordnung. Versammlungen mit öffentlichem Charakter unterliegen dem Verbot. Diese Maßnahme ist jedoch nur auf die linken Arbeiterorganisationen beschränkt. Da hier die SPD mehr oder weniger abgewirtschaftet hat, und die KPD, sich in einem Zeretzungsprozess befindet, erlebt der Nationalsozialismus frecher denn je — mit Unterstützung der Staatsgewalt — sein Haupt. Die Massenorganisationen der Nationalsozialisten werden die Bonzen der parlamentarischen Arbeiterpartei von demselben herausgedrückt. Die Massen erscheinen, jedoch die Bonzokratie bleibt fern. Angetan von der Politik der parlamentarischen Arbeiterpartei lassen sich die Massen von jenen Abgeordneten der Großbourgeoisie ins Schlepptau nehmen. Ihre Parole ist: Der Marxismus ist die Wurzel allen Übels — Schlagt die Juden tot. Diesem Geschrei der Faschisten zollen die Arbeiter großen Beifall. Die Arbeiter der KAP, und AAU, machen den Versuch, in den Versammlungen der Nationalsozialisten die Grundsätze des internationalen Kommunismus zu entwickeln. Jedoch wer dort sprechen will, muß zunächst ein Bekenntnis ablegen, wie er zur Parole der KPD, steht; Schlagt die Faschisten wo sie trefft, in den Versammlungen wurde auch unser Genossen diese Frage gestellt. Da er dieselbe nicht in einem für die Nationalsozialisten angenehmen Sinne beantwortete, fing er mit einem großen Beifall aus der Versammlung und konnte froh sein, noch mit seinem Leben davon gekommen zu sein. Die Arbeiter haben die Aufgabe — zu erkennen, daß der Nationalsozialismus eine vom Kapital finanzierte Bewegung ist. Die sozialistische Phrase ändert an dieser Tatsache nichts. Die Agitation der Nazis soll die Arbeiter ablenken von der Tatsache, daß der Kapitalismus — als Gesellschaftssystem — Privateigentum, die Versammlung der Nationalsozialisten und konnte froh sein, noch mit seinem Leben davon gekommen zu sein. Die Arbeiter haben die Aufgabe — zu erkennen, daß der Nationalsozialismus eine vom Kapital finanzierte Bewegung ist. Die sozialistische Phrase ändert an dieser Tatsache nichts. Die Agitation der Nazis soll die Arbeiter ablenken von der Tatsache, daß der Kapitalismus — als Gesellschaftssystem — Privateigentum, die Versammlung der Nationalsozialisten und konnte froh sein, noch mit seinem Leben davon gekommen zu sein.

Der Betrieb und Wirtschaft

Staat-Haase-Werk Weissenau

Hinter den stillgelegten Riebo-Werken (Kugellagerfabrik) liegt ein Klotzbaum, wo eine Abteilung der Staat-Haase-Werke untergebracht ist...

Wie fast in allen Porzellanfabriken, so ist auch die Produktion in der St.M.G. Weissenau noch ziemlich rückständig. Wohl hat man in den letzten Jahren versucht, die Produktion auf eine höhere Stufe zu bringen...

Nachdem nun Teiltätigkeit beantragt worden war und ein Drittel der Belegschaft entlassen wurde, gleichzeitig mußte auch der Betriebsleiter über die Klänge springen...

Eine besondere Rolle spielt auch der Obmann des Betriebsrates, ein stamminer SPD-Mann, mit Namen Walter. Früher vertrat er die Belegschaft — von seinem Standpunkt — noch so einigermaßen...

Die Akkordsätze sind zum Teil bis auf ein Drittel reduziert worden. Wenn nun Klagen von der Belegschaft kommen, daß die Arbeit nicht zu schaffen ist...

Doch was das Schlimmste ist, die Belegschaft sieht alles an und kuschelt. Beispiele wie das eine könnten massenweise angeführt werden. Seine Kollegen zu vertreten hat er keine Zeit, aber stundenlang Debatten im Direktionszimmer über Politik der SPD, sind gang und gäbe...

Doch nun Kollegen und Kolleginnen, überlegt doch endlich einmal, ihr seid fast alle durchschnittlich im Metall- und Transportarbeiterverdienst. Gegen diese unzureichende gesteigerte Ausbeutung auf Grund der Rationalisierung hat eure Organisation nichts einzuwenden...

Ihr habt die Aufgabe zu erkennen, daß ihr mit dem Kapital nichts gemein habt. Als Proletariat besitzt ihr weiter nichts, wie eure Arbeitskraft, die ihr um leben zu können, innerhalb der heutigen Ordnung beim Kapitalisten verkaufen müßt...

Die Gewerkschaften zu verlassen, das ist eure Aufgabe. Zusammenstoß in den Betrieben muß eure Lösung sein, in einer Betriebsorganisation, diese angeschlossenen der Allgemeinen Arbeiter-Union, die durch eine Bürokratie wie ihr in den Gewerkschaften fällt weg...

Der Tarifvertrag

— eine Fessel des Klassenkampfes

Der organisatorische Träger des Tarifvertrages sind die Gewerkschaften. Schon lange vor dem Krieg setzten die Gewerkschaften sich zur Aufgabe, die Arbeiterklasse zu sammeln für die Befreiung aus der Lohnsklaverei...

Als das klassenbewußte Proletariat 1918 den Versuch machte, die bürgerliche Ordnung zu überwinden durch die proletarische Revolution, da erkannte das Kapital die Rolle der Gewerkschaften...

Das Kapital schloß den Burgfrieden mit den Gewerkschaften. Es erkannte sie offiziell an. Die Gewerkschaften wurden Tarifkontrahenten. Die Arbeitsgemeinschaft wurde geschlossen. Der Tarifvertrag zwischen Gewerkschaften und Unternehmern wurde die Grundlage der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen...

Der Tarifvertrag ist einverleibt in die kapitalistische Gesetzlichkeit, in das bürgerliche „Recht“. Die Gewerkschaften — als verschiedene Parteien — haben die Aufgabe, die Bedingungen des Vertrages während der Zeitdauer einzuhalten. Der Proletariat ist nach den formal-rechtlichen Begriffen im bürgerlichen Klassenstaat damit das Streikrecht entzogen...

Gewerkschaften. Daran kann natürlich die Bürokratie von ihrer Selbsterhaltung willen kein Interesse haben.

Die Vergangenheit hat das auch gezeigt, daß dort, wo die Proletariat sich trotz Vertrags gegen ihre Ausbeuter erheben, daß die Gewerkschaftsbürokratie von den Kämpfern losgelassen, und vor den gemeinsten Mitteln — die ihr im Wesen längst eigen sind — nicht zurückschreckt...

Deutscher Verkehrsverband. Zentralverband der Maschinen- und Heizer. Achtung! Heizerarbeiter, Maschinenisten und Heizer! Durch die Verbindlichkeitsklärung des Schieds-spruches für die Halenbetriebe durch den Reichsarbeitsminister ist die Tarifbewegung für die Organisationen, den Deutschen Verkehrsverband und den Zentralverband der Maschinenisten und Heizer und damit auch für die Mitglieder der Halensektionen beider Organisationen beendet...

Der „Vorwärts“ vom 16. 5. versucht nun den Arbeitern einzunehmen, wenn die Gewerkschaften auf die Durchführung des Tarifvertrages der Unternehmerorganisation gegenüber verantwortlich und haftbar sind, so ist es auch im umgekehrten Falle...

Was aber ist die Wirklichkeit? Die Gewerkschaften stellen sich auf den Boden des formalen Rechts. Rechtsfragen sind in der bürgerlichen Ordnung immer Machfragen. Nur wer die Macht hat, der hat das Recht. Auf Grund der Tatsache, daß die Bourgeoisie neben der ökonomischen auch die politische Macht in der Gesellschaft besitzt, hat sie tausend Möglichkeiten, die Vereinbarungen zu durchbrechen...

Auch hier spricht die Vergangenheit eine beredte Sprache. Bei der nordwestdeutschen Metallarbeiteraussperrung stellten sich die Gewerkschaften auf den Boden des formalen Rechts. Jedoch das Kapital zeigte, daß in der bürgerlichen Gesellschaft das Recht — ein Klassenrecht ist. Den gefälligen Schiedsspruch mit 4-5 Pfennige Lohnerhöhung schob es beiseite und sperrte die Arbeiter einfach aus dem Betrieb...

Wenigleich der Klassengegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat auch unter dem Tarifvertrag bestehen bleibt, so wird der Klassenkampf getrieben. Diese Art Parlamentarismus auf wirtschaftlichem Gebiete hat das Proletariat in seinen sozialen Abernund hineingeführt, in dem es heute steht...

Während sich die Lebenshaltung des Proletariats durch die kapitalistische Krise mehr und mehr verschlechtert, heute das Proletariat gebunden an jahrelang laufende Tarifverträge, infolge der damit verbundenen Vertragstreue der Gewerkschaften. Dort, wo sich die Arbeiter in den Gewerkschaften einen abgeschlossenen, genügt die Verbindlichkeitsklärung durch den Schlichter.

Hinzu kommt, daß die Solidarität des Proletariats geknackt wird durch die verschiedenen miteinander geschlossenen Verträge. Würden z. B. heute die Metallarbeiter in den Streik treten, so könnten die Bauarbeiter keine Solidarität üben, läßt doch ihr Tarifvertrag zu einer anderen Zeit ab. Der Bauwerksbund würde sich nicht in den Streik einlassen...

So ist das gesamte Tarif- und Schlichtungswesen zu einer einzigen Fessel, einer Fessel für den Klassenkampf des Proletariats geworden. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition hat dem entgegenzusetzen, die Tarifverträge als Produkt des Kampfes sein müssen. Sie bringt das in der „Roten Fahne“ vom 13. 5. 30 folgendermaßen zum Ausdruck:

„Die Gewerkschaftsopposition ist nicht gegen Tarifverträge, die ein Produkt der Klassen sind, sie ist aber gegen Tarifverträge, die ein Ersatz des Kampfes sein wollen. Die Gewerkschaftsopposition ist für Tarifverträge, die nicht die Arbeiter an Händen und Füßen binden, die nicht die Fesseln für den Klassenkampf darstellen.“

Das ist weiter nichts, als daß man Tarifkontrahent werden will, um so anscheinend bessere Tarife abzuschließen wie die Gewerkschaftsbürokratie und die vielleicht eine kurzfristige Dauer haben sollen. Es soll nicht mehr wie es nach dem alten Ersatz gegenüber reformistischen Praxis der Gewerkschaftsbürokratie getätigt werden.

Die Zerstückelung des gesamten Tarif- und Schlichtungswesens ist die Aufgabe des Proletariats in der heutigen Phase des Monopolkapitalismus. Das Proletariat muß den Schacher mit seiner Arbeitskraft durch die Gewerkschaftsbürokratie, derselben aus den Händen reißen. Das kann es nur, wenn es alle seine inneren Angelegenheiten selbst in die Hand nimmt. Das organisatorische Gefäß dafür ist die Bildung von revolutionären Betriebsorganisationen in den Betrieben...

Das Aufkommen einer Bürokratie — wie in den Gewerkschaften — wird hier unterstrichen, da hier die den BO vereinigten Arbeiter das bestimmende Element sind. Diese Union nimmt keine Rücksicht auf die „wirtschaftlichen Notwendigkeiten“ des Kapitals und steht daher in völliger Unabhängigkeit gegenüber dem kapitalistischen Staat und seinen Gesetzen. Dort, wo eine Berufsgruppe sich erhebt gegen ihre Ausbeuter, ist die Solidarität der anderen gewährleistet. Beschreibt das Proletariat diesen Weg, dann ist die Befreiung der Arbeiterklasse die Befreiung aller Menschen durch den Menschen, nicht mehr in aller weite Ferne.

(Ein weiterer Artikel folgt.)

Riesenspross der Rüstungsindustrie

Just zur rechten Zeit, da die Welt überschwemmt wird mit den Illusionen von einem Panuropa, d. h. von ewigen Frieden, wird der Abschluß eines Rüstungsunternehmens bekannt, nämlich von Skoda-Pilsen (Tschoslowakei). Obwohl die Industrie im allgemeinen auch nicht gerade Not leidet, bleiben die Profite doch zurück hinter denen der Rüstungsindustrie...

Skodas Umsatz stieg in 1927 um 800 Millionen Kronen im Jahre 1927 auf 1,5 Milliarden 1928, also eine glatte Verdoppelung. Skoda hat 200 Millionen Kronen an Zinsen und Zinseszinsen im Jahre 1927. Das ist ein Kapital der Arbeiter 2000 niedriger als 1927. Die Belegschaft beträgt heute etwa 35000 Köpfe.

Skoda steht unter dem Einfluß von Schneider-Creusot (Frankreich). Die Hälfte des Aktienkapitals besitzt nämlich die Union Européenne, einer Schneiderischen Dachgesellschaft. Das ist nicht ohne Belang, denn der Paneuroparummel kommt von französischem Kapital, dessen exponierter Vertreter Creusot ist.

Siemens u. Halske in Griechenland

Vermöge deutscher Kullarbeit.

Wir haben seinerzeit des öftern berichtet, wie Siemens infolge der niedrigen deutschen Löhne in Deutschland das Shannon-Elektrizitätswerk in Irland in Auftrag bekam, wo man die deutschen Arbeiter als Lohndrucker ansah und boykottierte. Noch ist das Shannonwerk nicht ganz vollendet und schon wieder müssen sich die deutschen Arbeiter in der ganzen Welt als Lohndrucker beschimpfen lassen.

Um die griechische Telefonkonzession, ein Objekt von 100 Millionen Mark, rangen die International Telephone u. Telegraph Co. (USA), die Prellgrube (Italien) und die Telephonaktiengesellschaft L.M. Ericson (Schweden). Siemens erlangte als weit aus Mindestfordernden den Zuschlag. Deutsche Bedürfnislosigkeit hat wieder einmal die hohe armenische Technik und die Sklavenlöhne der vom Faschismus unterjochten italienischen Arbeiter besiegelt.

„Deutscher Geist“ rumort es wieder. Es ist aber pure deutsche Gewerkschaftsdisziplin, die die deutschen Arbeiter an den Pranger der Weltgeschichte stellt. Siemens ist nämlich gar nicht imstande, die Arbeiten auszuführen. Es hat sich an den „besiegten“ Konkurrenten Ericson „angelehnt“. Ericson gibt Siemens das Geld zur Durchführung. Siemens und Ericson teilen sich den Profit. Siemens hat sein Unterangebot gemacht, weil er wollte, daß auf die deutsche Kullarbeit jeder Kapitalist Geld gibt, weil es sich hoch verzinst.

Die Bedürfnislosigkeit der deutschen Arbeiter hat aber noch größere Auswirkungen: Ericson bekommt das Geld, das er Siemens pumpt, von der Svenska Kredit B., einer Bank, die dem Zündholz-, Erz-, Kugellagerkönig Ivar Kreuger gehört. Kreuger hat auch das griechische Zündholzmonopol, wie auch das deutsche, die deutsche Kugellagerindustrie usw. Hinter Kreuger steht amerikanisches Elektro- und Stahlkapital.

Siemens ist bekanntlich noch „selbständig“, mit welcher Phrase er bei der deutschen Post und bei den deutschen Städten Anklang findet, und auch bei den deutschen Proleten. Ist dem bisher so gewesen, war die Siemens'sche Hakenkreuzbrutast bisher noch „deutsch“, so ist sie durch die Bescheidenheit der deutschen Arbeiter, durch ihre Hungerlöhne, ihren Gewerkschaftsdiszipliniertheit aus dem Ausland verschärft worden. — Das deutsche Proletariat beginnt sich als Kuli einen traurigen Ruhm zu erwerben.

Chronik

Die Pazifisten.

In England steht wieder der Tunnelbau auf der Tagesordnung. Die Wirtschaft will die Unterwasserbahnverbindung, — das Militär ist aus Gründen der Landesverteidigung dagegen; es fürchtet den preußischen Militarismus. Der „Vorwärts“ vom 1. Juni gibt den englischen Sozialdemokraten, „noch lange an der Regierung zu bleiben“ denken, diesen Rat: ... Und schließlich: eine einzige Dynamitladung, von London aus durch Fernkabel zur Entzündung gebracht, könnte im Augenblick das ganze Kulturwerk zu höheren Hängen der Landesverteidigung versteinern.

Wenn es so weit ist, wird der Vorwärts nicht verfehlen, den deutschen Proleten den Rat zu geben, den Tunnel zu stürzen.

Eine „soziale“ Tat der englischen Arbeiterregierung. Das Unterhaus genehmigte 280 gegen 23 Stimmen eine Vorlage der Regierung über ein Schulgesetz, welches vorsieht, die Erhöhung des schulpflichtigen Alters um ein Jahr. Für England und Wales werden 400.000 Kinder davon betroffen. Für Schottland soll dasselbe geschehen. Dies Maßnahme hat den Zweck, die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen. 1 1/2 Millionen Schüler werden damit 1 Jahr länger vom Arbeitsmarkt ferngehalten werden. Ob die Arbeiterregierung damit Eindruck erwecken will?

„Gegen das politische Rowdium.“ Der Reichsinnenminister Wirth hat die Absicht, dem Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, wonach der Verkauf von Fieb-, Stich- und Schußwaffen verboten werden soll. Er bringt darin zum Ausdruck, daß das heutige Bewusstsein den Anlaß dazu bietet, die Blüthe-Schlerei zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten. Außerdem soll das öffentliche Tragen von Fieb- und Stichwaffen verboten werden. Nach Meinung der Sozialdemokratie ist das wünschenswert.

Dem bekannten Sexualforscher Dr. Magnus Hirschfeld ist die Einreise nach Polen, um in Krakau Vorträge über Sexualprobleme zu halten, von der polnischen Regierung versagt worden. Scheinbar hat das den Zweck, die polnische Kultur nicht mit „jüdischer Aufklärung“ zu belasten.

General v. Seekt's neue Militärstrategie. Der bekannte frühere Chef der Heeresleitung, General von Seekt, hat sich der Mühe unterzogen, ein Buch herauszugeben, welches sich bezieht: „Landes-Verteidigung“. Er bringt darin zum Ausdruck, daß das heutige Bewusstsein (also die Reichswehr) erweitert werden müsse auf 200.000 Mann. Neben diesem Berufsheer soll es durch eine allgemeine Wehrpflicht noch ein Volksheer zu schaffen. Das Entscheidende sei aber, daß eine völlige Trennung zwischen beiden Heeren da sein muß. Er begründet das damit, daß in den Jahren 1917 und 1918 die Truppen neutralen und die Wehrge gegen ihre eigenen Regierungen richteten. Das Berufsheer muß also vor Zersetzungsgefahr bewahrt sein, um im Bürgerkrieg gegen das Proletariat eine Garde zu haben, auf die sich die Bourgeoisie verlassen kann.

Ökonomische Mitteilungen

Groß-Berlin

Achtung! Berliner Unterbelck! Am Sonnabend, den 14. Juni, findet eine zentrale Hauspropaganda im 6. Bezirk statt. Treffpunkt pünktlich 5 Uhr, Luisenpark Platz an bekannter Stelle. Das Erscheinen aller Genossen ist unbedingt Pflicht.

Nowawes: Mitgliederversammlung am Freitag, den 13. Juni, 20 Uhr, bei Gebauer, Wallstraße 62, Tagesordnung: Vortrag. Das Erscheinen aller Genossen ist Pflicht.

Herausgeber und für den Inhalt verantwortlich: W. Tietz. Berlin. Druck: Druckerei für Arbeiter-Literatur, W. Isdonat, Berlin O 17.

11. Jahrg. Nr. 24

Kommunistische Arbeiterzeitung

Preis 15 Pf.

Organ der Kommunistischen Arbeiter-Partei Deutschlands

Zu beziehen durch die Bezirksorganisationen der Partei, durch die Post oder durch die Buchhandlung für Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark Platz 13. Telefon: Moritzplatz Nr. 7832.

Berlin, 14. Juni 1930

Alle Zahlungen auf Postcheckkonto: Berlin NW 7, Nr. 628 42. Buchhandl. f. Arbeiter-Literatur, Berlin SO 36, Luisenpark Platz 13.

Bei Bezug unter Streifenband vierteljährlich 2,50 Mark incl. Porto. Bei Bestellung durch die Post vierteljährlich 2,18 und monatlich 0,88 Mk. Erscheint wöchentlich einmal. Inserate werden nicht angenommen.

Der Generalangriff — gegen das Proletariat

Jeder Kleinbürger, der so recht gemächlich leben will innerhalb dieser Ordnung, gerät außer Fassung. Sein Geschrei ist: wo soll das noch hinführen.

Die von aller Not und Pein befreiten sozialdemokratischen und Gewerkschaftspaffen singen das schon alte Lied von der „Wiederbelebung“ der Wirtschaft in ihrer Presse.

Indessen gehen die ehernen Gesetze der ökonomischen Entwicklung unablässig ihren Gang. Mit elementarem Wucht prasselt die Krise auf die Arbeiterklasse hernieder. Alle Lasten kapitalistischer Wirtschaftsnotwendigkeiten wälzt das Kapital rückwärts und mit aller Schärfe auf das Proletariat ab. Für die Millionen, für die das Kapital keine Arbeit mehr hat, steht ein bedrohendes Notopfer, was sie leisten sollen, auf der Tagesordnung. Abbau der Arbeitslosenversicherung in jeder Form ist das Opfer, das die Herren von „Eisen und Kohle“ — manifestiert in der Brüning-Regierung — von denen verlangen, die schon längst nichts mehr haben.

Genereller Lohnabbau auf der anderen Seite für die noch im Betriebe stehenden ist die Parole des Kapitals. Die Offensive nach dieser Richtung hat bereits begonnen. 15.000 Arbeiter der Mansfeld A.-G. müssen „feiern“ 11, 12, 13, 14, 15, 16, 17, 18, 19, 20, 21, 22, 23, 24, 25, 26, 27, 28, 29, 30, 31, 32, 33, 34, 35, 36, 37, 38, 39, 40, 41, 42, 43, 44, 45, 46, 47, 48, 49, 50, 51, 52, 53, 54, 55, 56, 57, 58, 59, 60, 61, 62, 63, 64, 65, 66, 67, 68, 69, 70, 71, 72, 73, 74, 75, 76, 77, 78, 79, 80, 81, 82, 83, 84, 85, 86, 87, 88, 89, 90, 91, 92, 93, 94, 95, 96, 97, 98, 99, 100, 101, 102, 103, 104, 105, 106, 107, 108, 109, 110, 111, 112, 113, 114, 115, 116, 117, 118, 119, 120, 121, 122, 123, 124, 125, 126, 127, 128, 129, 130, 131, 132, 133, 134, 135, 136, 137, 138, 139, 140, 141, 142, 143, 144, 145, 146, 147, 148, 149, 150, 151, 152, 153, 154, 155, 156, 157, 158, 159, 160, 161, 162, 163, 164, 165, 166, 167, 168, 169, 170, 171, 172, 173, 174, 175, 176, 177, 178, 179, 180, 181, 182, 183, 184, 185, 186, 187, 188, 189, 190, 191, 192, 193, 194, 195, 196, 197, 198, 199, 200, 201, 202, 203, 204, 205, 206, 207, 208, 209, 210, 211, 212, 213, 214, 215, 216, 217, 218, 219, 220, 221, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 228, 229, 230, 231, 232, 233, 234, 235, 236, 237, 238, 239, 240, 241, 242, 243, 244, 245, 246, 247, 248, 249, 250, 251, 252, 253, 254, 255, 256, 257, 258, 259, 260, 261, 262, 263, 264, 265, 266, 267, 268, 269, 270, 271, 272, 273, 274, 275, 276, 277, 278, 279, 280, 281, 282, 283, 284, 285, 286, 287, 288, 289, 290, 291, 292, 293, 294, 295, 296, 297, 298, 299, 300, 301, 302, 303, 304, 305, 306, 307, 308, 309, 310, 311, 312, 313, 314, 315, 316, 317, 318, 319, 320, 321, 322, 323, 324, 325, 326, 327, 328, 329, 330, 331, 332, 333, 334, 335, 336, 337, 338, 339, 340, 341, 342, 343, 344, 345, 346, 347, 348, 349, 350, 351, 352, 353, 354, 355, 356, 357, 358, 359, 360, 361, 362, 363, 364, 365, 366, 367, 368, 369, 370, 371, 372, 373, 374, 375, 376, 377, 378, 379, 380, 381, 382, 383, 384, 385, 386, 387, 388, 389, 390, 391, 392, 393, 394, 395, 396, 397, 398, 399, 400, 401, 402, 403, 404, 405, 406, 407, 408, 409, 410, 411, 412, 413, 414, 415, 416, 417, 418, 419, 420, 421, 422, 423, 424, 425, 426, 427, 428, 429, 430, 431, 432, 433, 434, 435, 436, 437, 438, 439, 440, 441, 442, 443, 444, 445, 446, 447, 448, 449, 450, 451, 452, 453, 454, 455, 456, 457, 458, 459, 460, 461, 462, 463, 464, 465, 466, 467, 468, 469, 470, 471, 472, 473, 474, 475, 476, 477, 478, 479, 480, 481, 482, 483, 484, 485, 486, 487, 488, 489, 490, 491, 492, 493, 494, 495, 496, 497, 498, 499, 500, 501, 502, 503, 504, 505, 506, 507, 508, 509, 510, 511, 512, 513, 514, 515, 516, 517, 518, 519, 520, 521, 522, 523, 524, 525, 526, 527, 528, 529, 530, 531, 532, 533, 534, 535, 536, 537, 538, 539, 540, 541, 542, 543, 544, 545, 546, 547, 548, 549, 550, 551, 552, 553, 554, 555, 556, 557, 558, 559, 560, 561, 562, 563, 564, 565, 566, 567, 568, 569, 570, 571, 572, 573, 574, 575, 576, 577, 578, 579, 580, 581, 582, 583, 584, 585, 586, 587, 588, 589, 590, 591, 592, 593, 594, 595, 596, 597, 598, 599, 600, 601, 602, 603, 604, 605, 606, 607, 608, 609, 610, 611, 612, 613, 614, 615, 616, 617, 618, 619, 620, 621, 622, 623, 624, 625, 626, 627, 628, 629, 630, 631, 632, 633, 634, 635, 636, 637, 638, 639, 640, 641, 642, 643, 644, 645, 646, 647, 648, 649, 650, 651, 652, 653, 654, 655, 656, 657, 658, 659, 660, 661, 662, 663, 664, 665, 666, 667, 668, 669, 670, 671, 672, 673, 674, 675, 676, 677, 678, 679, 680, 681, 682, 683, 684, 685, 686, 687, 688, 689, 690, 691, 692, 693, 694, 695, 696, 697, 698, 699, 700, 701, 702, 703, 704, 705, 706, 707, 708, 709, 710, 711, 712, 713, 714, 715, 716, 717, 718, 719, 720, 721, 722, 723, 724, 725, 726, 727, 728, 729, 730, 731, 732, 733, 734, 735, 736, 737, 738, 739, 740, 741, 742, 743, 744, 745, 746, 747, 748, 749, 750, 751, 752, 753, 754, 755, 756, 757, 758, 759, 760, 761, 762, 763, 764, 765, 766, 767, 768, 769, 770, 771, 772, 773, 774, 775, 776, 777, 778, 779, 780, 781, 782, 783, 784, 785, 786, 787, 788, 789, 790, 791, 792, 793, 794, 795, 796, 797, 798, 799, 800, 801, 802, 803, 804, 805, 806, 807, 808, 809, 810, 811, 812, 813, 814, 815, 816, 817, 818, 819, 820, 821, 822, 823, 824, 825, 826, 827, 828, 829, 830, 831, 832, 833, 834, 835, 836, 837, 838, 839, 840, 841, 842, 843, 844, 845, 846, 847, 848, 849, 850, 851, 852, 853, 854, 855, 856, 857, 858, 859, 860, 861, 862, 863, 864, 865, 866, 867, 868, 869, 870, 871, 872, 873, 874, 875, 876, 877, 878, 879, 880, 881, 882, 883, 884, 885, 886, 887, 888, 889, 890, 891, 892, 893, 894, 895, 896, 897, 898, 899, 900, 901, 902, 903, 904, 905, 906, 907, 908, 909, 910, 911, 912, 913, 914, 915, 916, 917, 918, 919, 920, 921, 922, 923, 924, 925, 926, 927, 928, 929, 930, 931, 932, 933, 934, 935, 936, 937, 938, 939, 940, 941, 942, 943, 944, 945, 946, 947, 948, 949, 950, 951, 952, 953, 954, 955, 956, 957, 958, 959, 960, 961, 962, 963, 964, 965, 966, 967, 968, 969, 970, 971, 972, 973, 974, 975, 976, 977, 978, 979, 980, 981, 982, 983, 984, 985, 986, 987, 988, 989, 990, 991, 992, 993, 994, 995, 996, 997, 998, 999, 1000.

„Durchhalten“ ist das Gezeifer jener Glücksritter aus den Gewerkschaften und der Sozialdemokratie. In der Manfelder Aussperrung führen sie die Arbeiter nach alter bewährter Methode so lange am Gängelband herum, bis der Spruch des Schlichters den Arbeitern zeigen wird, daß der Kampf der Gewerkschaften doch noch einen „Sinn hat“, d. h. er führt sie immer weiter in den Abgrund. Jene haben längst ihren Frieden mit dem Kapitalismus geschlossen. Würden sie heute ernsthaft einen Kampf gegen das Kapital führen wollen, so würden sie die Demokratie unterhöhlen, die ihre Grundlage ist.

Daß die Proletariat nur noch soviel zu tun haben, als daß sie einseitig zur Arbeiterklasse gehörten, ins Schlepptau genommen werden könnten, gehört zur Tragödie der gesamten Arbeiterbewegung. Die KPd. ist das, ihrige, Kampf gegen Lohnherabsetzungen und für den Siebentendtag ist ihr „Schlachtruf“. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition soll das Mittel sein zur Entfaltung des „Widerstandes“ gegen die Offensive des Kapitals auf „Lohn und Brot“. In der Manfelder Bewegung faßelt sie „dauernd“ von Streik, diese Bewegung, fest in Händen der Gewerkschaftsbürokratie ist. Nach altbekanntem Art ist für sie der Massenbeitrag der Hebel zur Massenbewegung. Die revolutionäre Gewerkschaftsopposition befindet sich mit ihrer „Eroberung der Massen“ in den Gewerkschaften auf dem toten Gleis. Durch ihre „Revolutionierungsarbeit“ in den Gewerkschaften hat die KPd, die Massen stärker denn je an die „gewerkschaftliche Konterrevolution“ gefesselt und das Proletariat mit zur Aktionslosigkeit verdammt. Diese „geschichtliche Wahrheit“ kann durch radikalen Phrasenschwall nicht ausgelöscht werden.

Die kapitalistische Krise kann mit „kapitalistischen Mitteln“ nicht gelöst werden. Eine Galgenfrist kann sich die Bourgeoisie nur erkaufen auf dem Rücken von Millionen-Proletariatsleichen. Nicht umsonst erklärte der „Herr“ Bredt von der Wirtschaftspartei, daß wir eines Tages aufstehen werden und 20 Millionen Menschen werden nicht mehr sein. Wie lange noch will das Proletariat warten?

Die Arbeiterklasse hat die Aufgabe, alle diejenigen aus seinen Reihen zu peitschen, die sich auf ihren Rücken emporgeschoben haben, die die Interessen des Proletariats einem System opfern, das kein „Recht“ mehr hat zu existieren, weil es Millionen seiner Sklaven „das Recht auf ein Leben“ nicht mehr garantieren kann.

Diese Aufgabe durch das Proletariat kann nur gelöst werden, wenn es die Gewerkschaften zerrüttert. Der Klassenkampf — mit allen Mitteln — muß an die Stelle der Arbeitsgemeinschaft mit dem Kapital treten. Die Organisation von unten auf — aus den Betrieben heraus — in denen das Proletariat Herr seiner Geschichte ist, die die Solidarität des Proletariats als wichtigsten Grundsatze hat, ist die neue Klassenorganisation des Proletariats.

Erst wenn das Proletariat in diesem Sinne handelt, wird es die Kraft finden, um durch den Massenkampf sich anzufähigen gegen die Offensive des Kapitals. Im Kampf werden die revolutionären Räte, die nur dem Willen der kämpfenden Arbeiter unterworfen sind, entstehen — als die Organe des Kampfes. Diese Massen-kämpfe müssen sich zuspitzen zum Generalangriff des Proletariats gegen die Bourgeoisie, um eine „Ordnung“ zu vernichten, die keine ist, in der der Irrsinn auf der Tagesordnung steht.

Damit erst wird die wirkliche Ordnung durch den Klassenkampf geschaffen.

Arbeitsgemeinschaft 1930

Die Krise des deutschen Kapitals nimmt immer heftigere Formen an. Jeder Tag vergrößert die Finanzschwierigkeit. Kaum ist ein Defizit durch Ausschreibung neuer Steuern und Zölle gedeckt, schon stellt sich heraus, daß neue Fehlschätzungen vorhanden sind. Am 2. Mai erklärte